

2 Leitvorstellungen und Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung ist ein Konzept von großer politischer, gesellschaftlicher und normativer Tragweite. In den nächsten Abschnitten wird nach einer Begriffsbestimmung (Kapitel 2.1) zunächst auf die normativen Grundlagen des Konzepts eingegangen (Kapitel 2.2). Sodann werden inhaltliche Konkretisierungen und Dimensionen vorgestellt und diskutiert (Kapitel 2.3), um anschließend den politischen Rahmen auf der Ebene (internationaler) Verhandlungen und Zielvereinbarungen sowie Konzepte des nachhaltigen Konsumierens und Produzierens auf der Umsetzungsebene darzustellen (Kapitel 2.4). Für den weiteren Verlauf der Arbeit stellen diese Grundlagen den gesellschaftspolitischen Kontext dar, in den die Überlegungen zur Verantwortung eingebettet sind, und dienen als normativer Bezugspunkt für die zu bestimmende Verantwortung der Marktakteure.

2.1 Vorläufige Begriffsbestimmung

Auch wenn die Idee der Nachhaltigkeit bis in das 18. Jahrhundert zurückgeführt werden kann,⁸⁷ erhält sie erst zwei Jahrhunderte später vor allem durch den von der Brundtland-Kommission⁸⁸ im Jahr 1987 veröffentlichten Bericht „Our Common Future“ Beachtung in der internationalen Politik.⁸⁹ Der Bericht ist in erster Linie aufgrund seiner Definition des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung berühmt geworden, die auf der Erkenntnis aufbaut, dass aktuelle For-

87 Vgl. z. B. GRUNWALD/KOPFMÜLLER 2012, S. 18 f. oder auch OTT/DÖRING 2008, S. 22 f. Die Idee der Nachhaltigkeit wird dabei auf eine Aussage des Oberberghauptmanns Hans Carl von Carlowitz im forstwirtschaftlichen Kontext zurückgeführt. Demzufolge „sollte pro Jahr nicht mehr Holz geschlagen werden als nachwächst“ (GRUNWALD/KOPFMÜLLER 2012, S. 18 f.).

88 Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (*World Commission on Environment and Development*, WCED). Kommission und Bericht werden nach der Vorsitzenden Gro Harlem Brundtland auch „Brundtland-Kommission“ und „Brundtland-Bericht“ genannt.

89 Vgl. GRUNWALD/KOPFMÜLLER 2012, S. 23 ff.; OTT/DÖRING 2008, S. 32; auch PUFÉ 2012, S. 36. Konrad Ott und Ralf Döring konstatieren, dass der Bericht eher für die Breitenwirkung als für die Einführung des Konzepts von Relevanz gewesen ist. Das Konzept sei schon „in vielen Debatten seit den siebziger Jahren implizit präsent“ (OTT/DÖRING 2008, S. 32) gewesen.

men der Bedürfnisbefriedigung das Ökosystem überlasten und somit die Bedürfnisbefriedigung zukünftiger Generationen gefährden:

„Humanity has the ability to make development sustainable to ensure that it meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs. (...) The Commission believes that widespread poverty is no longer inevitable. Poverty is not only an evil in itself, but sustainable development requires meeting the basic needs of all and extending to all the opportunity to fulfill their aspirations for a better life. A world in which poverty is endemic will always be prone to ecological and other catastrophes.“ (WCED 1987, S. 24 f.)

Ein zentrales Problem der nachhaltigen Entwicklung besteht darin, dass ökologische und entwicklungspolitische Ziele miteinander konfliktieren können, wenn die Entwicklungs- und Schwellenländer dem fossilen Wachstumspfad der Industrieländer folgen; dies lässt sich auch als „entwicklungspolitisches Dilemma“ (Paech 2012, S. 45) bezeichnen. Im schlimmsten Fall kann eine Überlastung des Erdsystems heute zu einem Rückgang der bisher erzielten Entwicklungsfortschritte führen. Es gilt somit, beide Ziele in langfristiger Perspektive aneinander zu binden:

„Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung lässt sich analytisch als einen Vektor entsprechend gewichteter Wohlfahrtsmaße definieren (z. B. Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Ernährung und medizinische Versorgung, Kriterien für Individualqualifikationen wie Bildung und Kollektivqualifikationen wie institutionelle Legitimität oder Maßstäbe für ‚gutes Leben‘ wie Zugang zu Naturerlebnissen), dessen Norm über die Zeit zunimmt. Kurzfristige Zuwächse in einigen Dimensionen, beispielsweise durch den Verbrauch von endlichen Ressourcen, dürfen nicht zu Lasten der langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten gehen.“ (WBGU 2011, S. 34; Hervorh. im Original)

Vorrangig wird – auch in dieser Arbeit – der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ verwendet, der im Gegensatz zum Begriff „Nachhaltigkeit“ den Prozesscharakter des Konzepts⁹⁰ sowie die Kopplung beider Ziele, d. h. Armutsbekämpfung und Ökologie,⁹¹ erfasst. Nachhaltige Entwicklung ist entsprechend „als ‚regulative Idee‘ zu verstehen, für die es nur vorläufige und hypothetische Zwischenbestimmungen geben kann“ (Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ 1998, S. 16; Hervorh. im Original) und an der sich Bedürfnisbefriedigungen und der damit einhergehende Ressourcenverbrauch sowie die notwendi-

90 Vgl. GRUNWALD/KOPFMÜLLER 2012, S. 11; auch REIDEL 2010, S. 100 f.

91 Vgl. GRUNWALD/KOPFMÜLLER 2012, S. 11 f.; NUSCHELER 2006, S. 155; UNCED 1992b; WBGU 2005.

gen Versorgungsstrukturen ausrichten sollen.⁹² Die Definition von nachhaltiger Entwicklung kann letztlich als fortwährender Prozess verstanden werden, der zu intensiven politischen und auch philosophischen Debatten geführt hat. Diese können bisher nicht als abgeschlossen bezeichnet werden; nicht zuletzt, da sich die Interpretation einiger der Grundlagen wie „Gerechtigkeit“ oder „Bedürfnis“ mit den Handlungsumständen und historischen Kontexten verändern. Die Bedeutung des Begriffs oder, besser gesagt, die Entwicklung der Bedeutung des Begriffs, wird daher im Folgenden anhand der Darstellung der genannten Debatten nachvollzogen und verdeutlicht.

2.2 Normativer Rahmen

Das Verständnis von nachhaltiger Entwicklung als regulativer Idee trägt nicht nur der Komplexität und globalen Dimension der Problematik Rechnung, sondern auch dem Umstand, dass eine sich entwickelnde Gesellschaft angesichts veränderter Handlungsbedingungen immer wieder neu die Orientierung am Nachhaltigkeitskonzept suchen muss.⁹³ Hierfür bedarf es eines normativen Rahmens, der Gerechtigkeitsvorstellungen (Kapitel 2.2.1) mit einem reflektierten Bedürfnisbegriff (Kapitel 2.2.2) verbindet. Die Anpassungs- und Orientierungsleistung erfolgt ihrerseits diskursiv im Rahmen deliberativer Prozesse (Kapitel 2.2.3).

2.2.1 Inter- und intragenerationelle Gerechtigkeit

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist an Gerechtigkeitsvorstellungen orientiert,⁹⁴ indem es darauf abzielt, die eigenen Bedürfnisse nicht auf Kosten jetziger und zukünftiger Generationen zu befriedigen. Es wird dabei zwischen der intergenerationellen und der intragenerationellen Gerechtigkeit⁹⁵ „in Ansehung von a) Chancen zur Befriedigung von Bedürfnissen und zur Ausübung von Fähigkeiten, von b) Zugängen zu natürlichen und kulturellen Ressourcen und

92 Vgl. zur Nachhaltigkeit als regulativer Idee auch DI GIULIO et al. 2011, S. 48; OTT/DÖRING 2008, S. 27; REIDEL 2010, S. 100 f. Das Konzept der regulativen Idee geht auf Immanuel Kant zurück: Vgl. KANT 1974b, S. 545 f. und 583 f. [B 644 f. und 699 f.].

93 Vgl. DI GIULIO et al. 2011, S. 48; ENQUETE-KOMMISSION „Schutz des Menschen und der Umwelt“ 1998, S. 22.

94 Vgl. für eine ausführliche Darstellung der Gerechtigkeitsidee im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung zum Beispiel OTT/DÖRING 2008, insbesondere Kapitel 2.

95 Es wird auch der Begriff der „intergenerativen“ und der „intragenerativen“ Gerechtigkeit verwendet: GRUNWALD/KOPFMÜLLER 2012, S. 24.

von c) der Bereitstellung von Gütern i.w.S.“ (Ott/Döring 2008, S. 45) unterschieden.

Im Rahmen des *zeitlichen Horizonts* der intergenerationellen Gerechtigkeit geht es darum, „nicht über seine Verhältnisse (...) [zu leben]“ (Paech 2012, S. 46; Hervorh. im Original), um zukünftigen Generationen die Lebensbedingungen zu erhalten. Kriterium hierfür ist „die dauerhafte Übertragbarkeit aller menschlichen Aktivitäten“ (ebd.), wobei der Schwerpunkt auf dem Wort „dauerhaft“ liegt und zwar „über den Betrachtungshorizont eines menschlichen Lebens hinaus“ (ebd.). Demgegenüber bezieht sich intragenerationelle Gerechtigkeit auf einen *räumlichen Horizont*, indem das entwicklungspolitische Dilemma der ungleichen Entwicklungschancen thematisiert wird.⁹⁶

Die *intragenerationelle* Gerechtigkeit erhält angesichts der *intergenerationellen* Gerechtigkeit eine zusätzliche Brisanz, denn aufgrund der begrenzten Nutzungskapazitäten natürlicher Ressourcen für den Erhalt der Lebensbedingungen zukünftiger Generationen sind das Konsum- und das materielle Wohlstandsmodell vornehmlich der in Industrienationen lebenden Menschen nicht global übertragbar.⁹⁷ In intragenerationeller Hinsicht sind außerdem zusätzliche Faktoren relevant, da die Strukturen des Weltwirtschaftssystems die Industrienationen (hinsichtlich ihrer materiellen Wohlstandsstellung) tendenziell begünstigen. Hieraus ergeben sich wiederum Auswirkungen auf die ökonomischen und sozialen Entwicklungschancen der Entwicklungs- und Schwellenländer. Ich werde diese Aspekte in Kapitel 2.3 weiter ausführen.

Wenn die aktuellen Formen der Bedürfnisbefriedigung inter- und intragenerationell ungerecht sind, müssen sie hinterfragt werden. Was bedeutet dies jedoch genau? Und in welchem Ausmaß bzw. Umfang stehen sie zur Disposition? Zur Erläuterung eines entsprechenden Gerechtigkeitsverständnisses ist es notwendig, auf den Begriff „Bedürfnis“ näher einzugehen.⁹⁸

2.2.2 Der Bedürfnisbegriff im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung

Der Bedürfnisbegriff „bezeichnet *allgemein* einen körperlichen bzw. psychischen Mangelzustand (objektives B.) oder das Erleben dieses Mangelzustandes (subjektives B.)“ (Schönpflug 1971, Sp. 767; Hervorh. im Original) und wird

96 Vgl. PAECH 2012, S. 46 f.

97 Vgl. GRUNWALD/KOPFMÜLLER 2012, S. 23; PAECH 2012, S. 45; SCHMIDT-BLEEK 2000, S. 91; WBGU 2011, S. 53; WBGU 2009, S. 22.

98 Vor allem die Ausführungen von Antonietta Di Giulio, Defila und Ruth Kaufmann-Hayoz sind für diesen Zusammenhang hilfreich und werden im nächsten Abschnitt vorrangig herangezogen: Vgl. DI GIULIO/DEFILA/KAUFMANN-HAYOZ 2010.

somit in der Regel „defizitorientiert verwendet“ (Di Giulio/Defila/Kaufmann-Hayoz 2010, S. 17).⁹⁹

Er kann sich sowohl auf materielle Aspekte beziehen wie die Zufuhr von Nahrungsmitteln oder eine sichere Unterkunft als auch auf immaterielle Aspekte wie die soziale Nähe zu Mitmenschen oder die individuelle Selbstverwirklichung.¹⁰⁰ Nicht selten werden Bedürfnisse in Anlehnung an die „Bedürfnishierarchie“ von Abraham Maslow als Pyramide dargestellt, wobei „elementare“ Bedürfnisse wie Ernährung, Schutz vor Kälte usw. am Fuße dieser Pyramide angeordnet werden. Darauf aufbauend werden soziale Bedürfnisse (z. B. nach Gemeinschaft) und schließlich das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung angesiedelt. Auch wird bei einer solchen Darstellung die Auffassung vertreten, dass die jeweiligen Stufen in einem Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen: Sind elementare Bedürfnisse wie das nach Ernährung nicht befriedigt, wird sich ein Individuum weniger um das soziale Miteinander oder die Selbstverwirklichung sorgen.¹⁰¹ Gerhard Mertens weist den Stufen eine zunehmende Komplexität und Differenzierung zu,¹⁰² wobei die Bedürfnisse auf der letzten Stufe „dem Menschen zum Stand seines vollen Menschseins verhelfen.“ (Mertens 2009, S. 454)

Allerdings kritisieren etwa Di Giulio, Defila und Kaufmann-Hayoz an dieser hierarchischen Darstellung die implizierte Wertung oder Gewichtung der Bedürfnisse. So neige man beispielsweise dazu, die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse in den Vordergrund zu stellen und soziale Bedürfnisse als weniger wichtig einzustufen.¹⁰³ Jedoch „[z]u sagen, das Ziel einer Nachhaltigen Entwicklung wäre erreicht (...), wenn alle Menschen die Möglichkeit hätten, physisch zu überleben, wäre zynisch.“ (Di Giulio/Defila/Kaufmann-Hayoz 2010, S. 14 f.)

Dennoch kann von einer gewissen Priorisierung physischer Bedürfnisse nicht ganz Abstand genommen werden, soweit es um die Nichtbefriedigung solcher Bedürfnisse geht, die das Überleben einer Person oder einer Gemeinschaft bedrohen. Hierzu zählen etwa Hunger oder die akute Androhung von Gewalt. Allerdings wäre die Folge einer absoluten Priorisierung der sogenannten Grundbedürfnisse in der Tat, dass „Bedürfnisse, die nicht als Grundbedürfnisse gelten, erst ins Blickfeld geraten (dürfen), wenn die Befriedigung der Bedürfnisse, die als Grundbedürfnisse eingestuft sind, für alle Menschen in Gegenwart

99 Vgl. zur Definition auch KORFF 2009, S. 31; MÜLLER 1971; SCHERHORN 1959, S. 21. Das Verständnis von „Bedürfnis“ als Mangelempfinden geht Gerhard Scherhorn zufolge auf eine Definition von Friedrich von Hermann aus dem Jahr 1832 zurück: Vgl. SCHERHORN 1959, S. 21; so auch bei MÜLLER 1971, Sp. 765.

100 Vgl. KORFF 2009, S. 31.

101 Vgl. MASLOW 2010; 1943.

102 Vgl. MERTENS 2009, S. 453 f.

103 Vgl. DI GIULIO/DEFILA/KAUFMANN-HAYOZ 2010, S. 14; 18.

und Zukunft sichergestellt ist“ (ebd., S. 18). Dies würde jedoch „einer verkürzten Sicht auf das gute Leben“ (ebd.) gleichkommen.¹⁰⁴

Um Beliebigkeit bei der Anspruchshaltung gegenüber der Befriedigung von Bedürfnissen dennoch zu vermeiden, stellen Di Giulio, Defila und Kaufmann-Hayoz die Anforderung, „Legitimes von Nicht-Legitimem zu unterscheiden“ (ebd.). Dies sei notwendig, da ansonsten alle subjektiven Bedürfnisse erfüllt werden müssten, zu denen auch etwa die Lust auf ein Stück Schokolade gezählt werden könne. Dann aber „wäre der Begriff der Nachhaltigkeit nicht diskriminatorisch und damit obsolet“ (ebd., S. 13). Es müsse daher zwischen objektiven Bedürfnissen und subjektiven Wünschen differenziert werden. Während also, so kann aus der Darstellung der Autoren gefolgert werden, die „Lust auf Schokolade“ zu den subjektiven Wünschen gezählt würde, würde die „Ausbildung der Kinder“ als ein objektives Bedürfnis gelten, das im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung erfüllt werden muss. Angenommen, dass eine solche Annäherung an die legitime Bestimmung objektiver Bedürfnisse zumindest ansatzweise möglich ist, folgte dann im Hinblick auf die inter- und intragenerationelle Gerechtigkeitsidee: „Objektive Bedürfnisse stehen als solche nicht zur Disposition, subjektive Wünsche hingegen stehen (in einem ethischen Sinne) zur Disposition.“ (Ebd., S. 22)

Wie kann nun aber bestimmt werden, welche Bedürfnisse zu den objektiven Bedürfnissen gehören, deren Erfüllung somit legitimer Weise eingefordert werden kann und aus Gerechtigkeitsgründen Vorrang vor der Erfüllung subjektiver Wünsche hätte? Verschiedene Autoren schlagen hierfür einen Bezug zur Idee des „guten Lebens“ im Sinne des Fähigkeitenansatzes von Martha Nussbaum und Amartya Sen vor.¹⁰⁵

Für die Bezugnahme auf diesen Ansatz spricht sowohl die große Bedeutung, die der Fähigkeitenansatz insbesondere in der Nachhaltigkeitsdebatte einnimmt, als auch seine Anschlussfähigkeit an Gerechtigkeitsfragen.¹⁰⁶ Er basiert auf einer Kritik bestehender Ansätze zur Messung des Wohlstands, die vorrangig auf dem Einkommen einer Bevölkerung beruhen, und ist somit als Gegenentwurf für herkömmliche Entwicklungsmaßstäbe zu verstehen.¹⁰⁷ Im Vordergrund steht die Frage, welche Fähigkeiten und Eigenschaften (unter der Bedingung bestehender „Verwirklichungschancen“ (Sen 2011), d. h. gegebener Optionen zur Ausbildung der Fähigkeiten) der Mensch für ein gutes und gelingendes Leben

104 Siehe dazu auch JACKSON 2006b, S. 371 f.; SOPER 2006, S. 357.

105 Vgl. zu dieser Verbindung zum Beispiel ANTONI-KOMAR/LAUTERMANN/PFRIEM 2012, S. 302; CORTINA 2002; DI GIULIO/DEFILA/KAUFMANN-HAYOZ 2010; OTT/DÖRING 2008, S. 83 ff.

106 Vgl. z. B. CORTINA 2006 und 2002, S. 203 ff.; DI GIULIO et al. 2011, S. 48; OTT/DÖRING 2008, S. 45 f. und 83 ff.; ANTONI-KOMAR/LAUTERMANN/PFRIEM 2012, S. 308 ff.

107 Vgl. NUSSBAUM 2010, S. 232; 2003, S. 16 ff.; SEN 2011, S. 13 und 25.

benötigt.¹⁰⁸ Materielle Güter und Ressourcen seien hierfür zwar relevant, da sie die Entwicklung der Fähigkeiten unterstützten, seien aber selbst nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck.¹⁰⁹ So gehörten zu den Fähigkeiten neben materiellen Grundlagen wie Ernährung, Sicherheit und Gesundheit auch Aspekte wie die Teilnahme am sozialen Leben, Freude oder Selbstbestimmung.¹¹⁰

Es ist zu betonen, dass Verwirklichungschancen und Fähigkeiten Nussbaum und Sen zufolge nicht vorschreiben, wie ein gutes Leben genau auszusehen hat, sondern Bedingungen beschreiben, die, wenn sie erfüllt sind, ein gutes Leben ermöglichen können. Die Freiheit des Individuums, über die eigene Lebensführung zu bestimmen, ist grundlegendes Ziel des Ansatzes: „The focus of the capability approach is thus not just on what a person actually ends up doing, but also on what she is in fact able to do, whether or not she chooses to make use of that opportunity.“ (Sen 2010, S. 235)¹¹¹

Wichtig ist im Hinblick auf die Gerechtigkeitsfragen der Nachhaltigkeitsdebatte die Idee, „dass menschliche Fähigkeiten einen *moralischen Anspruch* auf deren Entfaltung haben“ (Nussbaum 2003, S. 22; Hervorh. I. S.).

Di Giulio, Defila und Kaufmann-Hayoz schlagen deshalb – um wieder auf die Frage objektiver Bedürfnisse zurückzukommen – mit Rückgriff auf den Fähigkeitenansatz vor,

„‘objektive Bedürfnisse’ nicht als Bezeichnung eines objektiv feststellbaren körperlichen oder psychischen Mangel-Zustands zu verstehen, sondern als Bezeichnung (individueller) subjektiver Konstrukte des Wollens, die sich nachvollziehbar (und damit überzeugend) auf Fähigkeiten und Eigenschaften beziehen, die in einem anthropologischen Ansatz zur Bestimmung des guten Lebens als universal geltende (und damit objektive) Elemente eines guten Lebens festgehalten sind.“ (Di Giulio/Defila/Kaufmann-Hayoz 2010, S. 20 f.; Hervorh. im Original)

Das heißt, als objektiv gelten diejenigen Bedürfnisse, die befriedigt werden müssen, um grundlegende Verwirklichungschancen realisieren zu können. Damit würden zwar subjektive Auffassungen eines guten Lebens einbezogen, es wür-

108 Vgl. NUSSBAUM 2003, S.18; SEN 2011; SEN 2010, S. 235 ff.

109 Vgl. SEN 2011, S. 25 f.

110 Im Gegensatz zu Sen entwickelt Nussbaum eine „Liste basaler menschlicher Ansprüche (ähnlich zu Menschenrechten) (...) als ein Minimum dessen, was Gerechtigkeit für alle Menschen verlangt“ (NUSSBAUM 2010, S. 210). Es handelt sich um eine Liste von Fähigkeiten und Eigenschaften, der sie aufgrund interkultureller und ethnologischer Untersuchungen zur Natur des Menschen allgemeine Gültigkeit beimisst, die jedoch „immer wieder angefochten und verändert werden [kann].“ (NUSSBAUM 2003, S. 19)

111 Vgl. entsprechend NUSSBAUM 2010, S. 231; NUSSBAUM 2003, S. 23; insbesondere SEN 2011; 2010, S. 227 ff. Siehe auch DI GIULIO/DEFILA/KAUFMANN-HAYOZ 2010, S. 15.

den aber nicht sämtliche subjektive Anliegen berücksichtigt, nur weil ein Subjekt sie als Bedürfnis (bzw. Wunsch) empfinde.

Die Schwierigkeiten mit einer derartigen Aufteilung in objektive Bedürfnisse und subjektive Wünsche liegen auf der Hand, denn dies ist im Rahmen einer Gesellschaftsverfassung, die die Freiheit des Individuums hinsichtlich der „Selbstbestimmung in der Ausfaltung und Gestaltung der eigenen Bedürfniswelt“ (Korff 2009, S. 33) hoch hält, eine brisante Frage; „so wäre doch eine blanke Bedürfnisdiktatur mit dem neuzeitlichen Anspruch personaler Würde und Freiheit in jedem Falle schlechthin unvereinbar.“ (Ebd.)

Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass es mit der Unterscheidung von zur Disposition stehenden subjektiven Wünschen und objektiven Bedürfnissen noch nicht getan ist. Wird nämlich das Übertragbarkeits- oder Verallgemeinerungskriterium im Sinne der inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit auf die aktuellen Bedürfnisbefriedigungsweisen angewendet, ist feststellbar, dass unter Umständen weder subjektive Wünsche noch objektive Bedürfnisse diesem Kriterium gerecht werden. Während bei subjektiven Wünschen jedoch theoretisch gefordert werden könnte, die Erfüllung des Wunsches schlicht zu unterlassen, ist es aus den im vorigen Abschnitt genannten Gründen nicht ohne Weiteres möglich, dies auch im Hinblick auf die Erfüllung objektiver Bedürfnisse zu fordern. Es muss somit nicht nur geklärt werden, *ob* Bedürfnisse (oder Wünsche) überhaupt erfüllt werden können und sollen, sondern es muss zusätzlich geklärt werden, *in welchem Umfang* und *mit welchen Mitteln* diese Bedürfnisse befriedigt werden und welche „natürliche[n] Ressourcen/Ressourcenleistungen“ (Di Giulio/Defila/Kaufmann-Hayoz 2010, S. 23; Hervorh. I. S.) dafür notwendig sind.¹¹²

Es geht nicht nur um eine Festlegung dessen, was als objektives Bedürfnis zählt und wessen Befriedigung somit legitimer Weise eingefordert werden kann, sondern es geht vor allem um die Legitimität der *Bedarfe* und schließlich *Produkte oder Dienstleistungen*, mit deren Hilfe dieses Bedürfnis befriedigt werden soll; es geht also, schlussendlich, auch um Formen des Konsums. Diese Unterscheidung ist für die Verhältnisbestimmung von Konsum, Bedürfnis und nachhaltiger Entwicklung wichtig: Konsum steht zwar mit der Befriedigung von Bedürfnissen in Verbindung, indem sich ein Bedürfnis (Mobilität) zu einem Bedarf (z. B. an einem Auto) und schließlich zu einer konkreten Nachfrage nach einem Produkt oder einer Dienstleistung (z. B. einem Auto mit Benzinmotor oder einem Hybridauto) ausformt.¹¹³ Damit ist jedoch nicht gesagt, dass jedem Konsum auch ein objektives Bedürfnis zugrunde liegt und auch nicht, dass Be-

112 Vgl. DI GIULIO/DEFILA/KAUFMANN-HAYOZ 2010, S. 23.

113 Vgl. zum Verhältnis von Bedürfnis, Bedarf und Konsum vor allem SCHERHORN 1959; zum Konkretisierungsprozess vom Bedürfnis zur Nachfrage zudem HANSEN/SCHRADER 2009, S. 465; PAECH 2012, S. 110 ff.

dürfnisse nur über den Konsum befriedigt werden können. Werden Freizeit und Erholung als objektive Bedürfnisse anerkannt und somit ihre Befriedigung als legitim angesehen, kann der daraus entstehende Bedarf etwa nach einer Fernreise hinsichtlich seiner Legitimität ebenso überprüft werden wie die daraus abgeleitete Nachfrage nach einem Fernflug. Lautete der Befund, dass der Bedarf nach einer Fernreise nicht legitimer Weise erfüllt werden kann, dann wären andere Mittel zu suchen, mit deren Hilfe das Bedürfnis befriedigt werden kann. Das (objektive) Bedürfnis nach Erholung stünde dabei nicht zur Disposition, Bedarf und Konsumweise, mit denen es befriedigt werden soll, hingegen schon.¹¹⁴

Die Gerechtigkeitsfrage stellt sich somit einerseits als Definitionsfrage hinsichtlich der Unterscheidung von objektiven Bedürfnissen und subjektiven Wünschen und andererseits als Frage nach der (gerechten) Form der Bedürfnisbefriedigung. Es müsste folglich eine Art „Zielbereich“ definiert werden, innerhalb dessen alle Menschen heutiger und zukünftiger Generationen ihre objektiven Bedürfnisse befriedigen und ein gutes Leben verfolgen können. Ein solcher Zielbereich müsste nach unten durch das Mindestmaß der Erfüllung objektiver Bedürfnisse bzw. Verwirklichungschancen für ein gutes Leben begrenzt sein, während die obere Grenze durch die Belastbarkeit des ökologischen Systems bzw. die Verwirklichungschancen zukünftiger Generationen gebildet würde.¹¹⁵

Damit wäre zunächst ein Annäherungsprozess an einen gewissen „gerechten“ Bereich beschrieben, dessen konkrete Bestimmung bisher nicht vollbracht ist und womöglich vor dem Hintergrund historisch, kulturell und individuell unterschiedlicher (objektiver) Bedürfnisbefriedigungsnotwendigkeiten auch offen bleiben muss. Vorläufig ließe sich an dieser Stelle die Vermutung aufstellen, dass es vor allem die Formen der Befriedigung objektiver Bedürfnisse und insbesondere subjektiver Wünsche in Industrieländern sind, die hinsichtlich ihres Materialverbrauchs die benannte Obergrenze überschreiten, während große Teile der Bevölkerung in Entwicklungs- und Schwellenländern die Untergrenze noch nicht erreicht haben.¹¹⁶

114 Vgl. DI GIULIO et al. 2011, S. 57. Di Giulio, Defila und Kaufmann-Hayoz weisen darauf hin, dass der Bedürfnisbegriff eigentlich nur für aktuell lebende Generationen verwendbar ist, da Bedürfnisse historisch, also kontextbezogen und nur von Subjekten erfahrbar sind. Für zukünftige Generationen biete sich hingegen der Begriff des guten Lebens an, da er gegenüber dem defizitorientierten Bedürfnisbegriff ein positives Leitbild entfalte, auf das eine Gesellschaft zusteuern könne: Vgl. DI GIULIO/DEFILA/KAUFMANN-HAYOZ 2010, S. 20 f.

115 Vgl. DI GIULIO et al. 2011, S. 67 f.

116 Diese Vermutung bezieht sich auf durchschnittliche Lebensstile und die mit ihnen verbundenen sozial-ökologischen Auswirkungen in den angesprochenen Ländern. Natürlich gibt es jedoch auch in den USA oder der EU Menschen, die die Befriedigung ihrer objektiven Bedürfnisse bisher nicht erreicht haben und in Schwellen- und Entwicklungsländern auch Menschen, denen dies möglich ist. Hierin liegt im Übrigen auch ein Problem der nationalstaatlichen Betrachtung, auf die ich in Kapitel 2.4 zu sprechen komme.

2.2.3 Diskursprinzip

Bei der Bestimmung objektiver Bedürfnisse und subjektiver Wünsche ist nach alledem eine gewisse Offenheit notwendig. Um dennoch Orientierung für ein nachhaltigeres Befriedigungsmaß zu erhalten und dabei Beliebigkeit zu vermeiden, bedarf es eines dialogischen Prinzips, das Formen der Bedürfnisbefriedigung der moralischen Reflexion öffnet. An dieser Stelle ist vorauszuschicken, dass es nicht das Ziel dieses Abschnitts bzw. der Arbeit ist, Begründungsfragen von Normen grundsätzlicher bzw. universeller Natur zu klären wie etwa die „ob eine liberale (freiheitszentrierte) Gerechtigkeitslehre die Basis des Zusammenlebens bilden sollte und (...) die drohende Zerstörung elementarer Lebensgrundlagen respektive Freiheitsvoraussetzungen ein Übel wäre“ (Ekardt 2011, S. 108). Ich nehme eine solche normative Basis als gegeben an und beziehe daher auch die folgenden Überlegungen zum Diskurs auf eine diesen Grundsatzfragen nachgelagerte Ebene, nämlich auf die Ebene der (normativen) Konkretisierung dieser übergeordneten Ziele und insbesondere auf die Frage, „wie man Ansprüche begründen kann“ (Brink 2011, S. 330; im Original teilweise kursiv). Die „Konkretion von Normen“ (ebd., S. 336) und die Begründung von Ansprüchen bedeuten, „die universell gültigen Normen über einen deliberativen Prozess zu implementieren“ (ebd.).¹¹⁷

Hierfür gilt es zunächst, anzuerkennen, dass individuelle Formen der Lebensführung für Gerechtigkeitsfragen relevant sein können, weshalb sie auch Gegenstand von diskursiver Argumentation werden können: „Man muss seine eigenen Interessen transzendieren, man muss ‚transsubjektiv‘ argumentieren“ (Steinmann 2004, S. 107; Hervorh. im Original)¹¹⁸, d. h. auch den Standpunkt „der anderen“ bzw. des Ganzen einnehmen.¹¹⁹ Die grundlegende Anforderung lautet, im Dialog mit Akteuren unterschiedlichster Herkunft und unterschiedlichster moralischer Vorstellungen und Überzeugungen in deliberativen Prozessen einen „Konsens“ (ebd., S. 107) zur Lösung moralischer Probleme zu finden, die „der Menschheit“ aufgegeben sind.¹²⁰ In der Nachhaltigkeits- und wirtschaftsethischen Literatur wird hierfür oftmals auf das diskursethische Verfahren verwiesen, um zu einer begründeten Vorstellung von Gerechtigkeit im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Entwicklung zu gelangen.¹²¹ Auch wenn ich mich der Notwendigkeit zu führender

117 Vgl. zu dieser Unterscheidung von Begründungsebenen im Diskursverfahren BRINK 2011, S. 329 ff.

118 Horst Steinmann nimmt hier Bezug auf den Philosophen Paul Lorenzen.

119 Das bedeutet nicht, die eigenen Interessen ganz aus den Augen verlieren zu müssen, so auch STEINMANN 2004, S. 117. Ich komme hierauf in Kapitel 4.7 zurück.

120 Vgl. dazu auch EKARDT 2011, S. 112 f.; KETTNER 2001, S. 89 ff.

121 Vgl. zum Beispiel CORTINA 2006; 2002; EKARDT 2011, insbesondere § 3; KNOBLOCH 1994; OTT/DÖRING 2008; für einen entsprechenden wirtschaftsethischen Ansatz etwa Peter Ulrichs

Consumer Social Responsibility
Gemeinsame Verantwortung für nachhaltiges
Konsumieren und Produzieren
Schmidt, I.
2016, XVI, 428 S. 5 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-10865-6